

Plattform und Vermittler

■ Ansgar Klein

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement versteht sich als Plattform und Vermittler zwischen den drei großen gesellschaftlichen Bereichen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft, wozu auch die Freie Wohlfahrtspflege gerechnet wird. Das Netzwerk sieht Engagementförderung als eine gesellschaftspolitische Aufgabe an, die sich nicht auf einzelne Engagementfelder beschränkt, sondern sämtliche Gesellschafts- und Politikfelder umfassen sollte.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) wurde im Juni 2002 in Berlin aufgrund einer Empfehlung im Abschlussbericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des Deutschen Bundestages gegründet. Dort heißt es:

»Im Sinne einer nachhaltigen Förderung bürgerschaftlichen Engagements gilt es, (...) Unterstützungsstrukturen für bürgerschaftliches Engagement auf nationaler Ebene zu verstetigen. Für die Organisationen des Dritten Sektors steht dabei neben dem Erfahrungs- und Informationsaustausch vor allem eine verbesserte Vertretung ihrer Interessen als Träger bürgerschaftlichen Engagements im Mittelpunkt des Interesses. Für den Staat kommt es darauf an, die auf verschiedenen Ebenen und Fachpolitiken angesiedelten Maßnahmen zu bündeln, einen Ansprechpartner mit hohem Bekanntheitsgrad für Anliegen der Bürgergesellschaft zur Verfügung zu stellen, die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der politischen Diskussion zu halten sowie Kontakte innerhalb wie außerhalb der politischen Administrationen zusammenzuführen. (...) Bei Fragen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist jedoch häufig nicht nur der Dritte Sektor gefragt: Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur bereichs-, sondern auch sektorübergreifend. Entsprechend wichtig sind Vernetzungen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bzw. Drittem Sektor – auch sie koordinieren Informationen und Maßnahmen und betonen die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements als Querschnittsaufgabe.«

In diesem Sinne hat das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement den in seinen Statuten formulierten Auftrag, »in nachhaltiger Weise bestmögliche rechtliche, institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu schaffen«. Dar- aus leitet sich ein breites Spektrum konkreter Aufgaben ab. Dazu zählen:

- zivilgesellschaftliche Weiterentwicklung und Einbettung von Institutionen und Organisationen in die Bürgergesellschaft



Dr. Ansgar Klein ist Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Er ist zudem Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Bremen, Herausgeber des Forschungsjournals »Neue Soziale Bewegungen« und Mitherausgeber der Buchreihe »Bürgergesellschaft und Demokratie« im VS-Verlag.

Internet <http://www.b-b-e.de>

- Ausweitung direktdemokratischer Beteiligungsformen auf allen Ebenen des föderalen Staates
- bürgerorientierte Gestaltung der Verwaltung und Dialogfähigkeit mit der Bürgergesellschaft
- Weiterentwicklung der Anerkennungskultur
- Schaffung von Netzwerken auf allen Ebenen unter Einbeziehung von Akteuren aus allen gesellschaftlichen Bereichen
- Weiterentwicklung engagementfördernder Infrastrukturen
- Stärkung der Verantwortungsübernahme und freiwilliger Selbstverpflichtungen von Unternehmen im Gemeinwesen
- Verbesserung des Schutz- und Nachteilsausgleichs für Engagierte
- Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht
- Erweiterung des Wissens über bürgerschaftliches Engagement

Gremien, Organe, Struktur

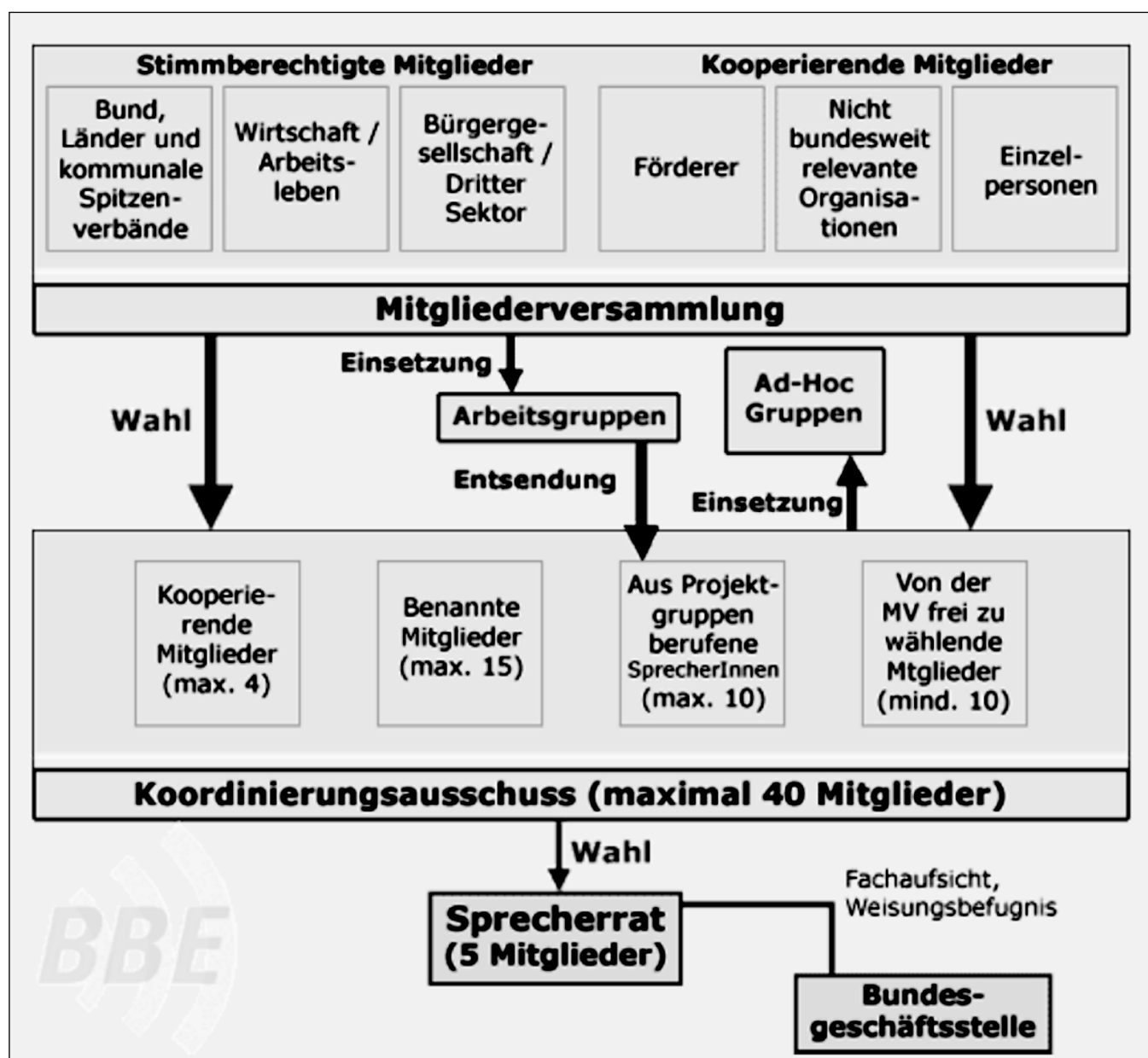
Das höchste Organ des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement ist die Mitgliederversammlung. (1) Zu den Mitgliedern aus der Bürgergesellschaft zählen die Dachverbände und teilweise auch die großen Einzelverbände aus den Bereichen Soziales, Umwelt, Sport, Kultur, Hilf- und Rettungsdienste, Frauen, Jugend, Senioren, die beiden christlichen Kirchen, Stiftungen, aber auch die Dachverbände der Freiwilligenagenturen und Freiwilli-

genzentren, der Seniorenbüros und der Selbsthilfe und der Selbsthilfekontaktstellen. Aus dem Sektor Wirtschaft und Arbeitsleben zählen der Deutsche Gewerkschaftsbund, die IG Metall und VERDI und Unternehmen wie u. a. die Ford Werke AG, die Deutsche BP AG, die Commerzbank oder die Betapharm GmbH zu den Mitgliedern, der Sektor Staat ist durch drei Bundesministerien, 14 Bundesländer, zwei kommunale Zusammenschlüsse von kommunalen Gebietskörperschaften auf Bundesebene und mehrere Einzelkommunen vertreten. Zu den Mitgliedern zählen also sowohl staatliche Institutionen, die Wirtschaft als auch die gemeinnützigen Organisationen und Dachverbände der Bürgergesellschaft, zu denen auch alle Wohlfahrtsverbände gerechnet werden. Das Netzwerk hat inzwischen mehr als 220 Mitglieder.

Der Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement besteht aus maximal 40 Or-

ganisationsvertretungen aus allen drei Sektoren. Er ist insbesondere für die Erarbeitung politischer Strategien und Konzepte der Netzwerksarbeit sowie für die Bündelung der Ergebnisse der einzelnen Arbeits- und Ad-hoc-Gruppen verantwortlich. Außerdem bereitet er die Mitgliederversammlungen sowie weiterführende Veranstaltungen und Aktionen des Bundesnetzwerks vor.

Der aus fünf Personen bestehende Sprecherrat entscheidet über die in den Statuten und in der Geschäftsordnung festgelegten Aufgaben. Er vertritt das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement nach außen, hat die Verantwortung für den Haushalt und übt die Fachaufsicht über die Geschäftsstelle des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement aus. Vorsitzender des Sprecherrats ist Prof. Dr. Thomas Olk, Leiter des Arbeitsbereiches Sozialpädagogik und Sozialpolitik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.



Im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement kooperieren Organisationen, Verbände, Zusammenschlüsse, Netzwerke und Initiativen der Bürgergesellschaft und des Dritten Sektors, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und des Arbeitslebens sowie staatlicher und kommunaler Institutionen um bestmögliche rechtliche, institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu schaffen.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. ist Träger der Bundesnetzwerk-Bürgerschaftliches-Engagement-Geschäftsstelle, in dieser Funktion Zuwendungsnehmer – das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert – und übt die Dienstaufsicht über die Geschäftsstelle aus.

Die Geschäftsstelle ist im Auftrag des Sprecherrats tätig und übernimmt koordinierende Aufgaben im Bundes-

Die Arbeitsgruppen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement

Die inhaltliche Arbeit des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement erfolgt in derzeit acht Arbeitsgruppen und zwei Ad-hoc-Gruppen. Hier findet der fachliche Austausch der Experten aus Theorie und Praxis statt, hier werden praktische Beispiele der Engagementförderung vorgestellt, neue wissenschaftliche Erkenntnisse diskutiert und gemeinsame Vorhaben entwickelt und umgesetzt. Die Arbeitsgruppen sind im Sinne einer offenen Netzwerkarbeit für inhaltliche Impulse und unkomplizierte Zugänge der Mitwirkung offen gehalten. In den Arbeitsgruppen wird ein breites Spektrum von Themen und Anliegen bearbeitet:

Arbeitsgruppe 1

Rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements

Arbeitsgruppe 2

Fragen der Bildung und Qualifizierung von bürgerschaftlichem Engagement

Arbeitsgruppe 3

Zukunft der Freiwilligendienste

Arbeitsgruppe 4

Weiterentwicklung der lokalen Bürgergesellschaft

Arbeitsgruppe 5

Engagement von Migrantinnen und Migranten und die Stärkung von Migrantinnenorganisationen

Arbeitsgruppe 6

Fragen der Anerkennung und der Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenhang mit bürgerschaftlichem Engagement

Arbeitsgruppe 7

Rolle des bürgerschaftlichen Engagements bei der Reform des Sozialstaats

Arbeitsgruppe 8

Demografischer Wandel und Engagement

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement,
Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Telefon 030 62980-110, Fax 030 62980-151, E-Mail info@b-b-e.de,
Internet <http://www.b-b-e.de>

netzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Hier laufen Informationen und Anregungen aus dem Netzwerk zusammen, werden aufbereitet, gebündelt und in die verschiedenen Bereiche des Netzwerks kommuniziert. Die Geschäftsstelle ist zugleich Ansprechpartner für externe Interessenten, für Kooperationspartner und für Anfragen aus Politik und Öffentlichkeit. Im Rahmen der bundesweiten »Woche des bürgerschaftlichen Engagements« wird das Ziel verfolgt, das freiwillige Engagement zu würdigen und die gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit der freiwillig Engagierten in Deutschland zu lenken. Zugleich sollen auch Hindernisse, die einem erfolgreichen Engagement im Wege stehen, benannt werden und konkrete Vorschläge für eine engagementfördernde Politik gemacht werden.

Die fachliche Arbeit des Netzwerks erfolgt in den Arbeits- und Ad-hoc-Gruppen, die beispielsweise Tagungen und Expertengespräche durchführen sowie Veröffentlichungen vorbereiten. Die Treffen der Arbeitsgruppen dienen darüber hinaus dem Informations- und Erfahrungsaustausch und der Weiterentwicklung von Themen und Konzepten. Die Arbeitsgruppen werden alle zwei Jahre nach thematischen Bedarfen durch die Mitgliederver-

»Die Freie Wohlfahrtspflege braucht eine engagementfördernde Organisationsentwicklung.«

sammlung eingesetzt. Momentan sind acht Arbeitsgruppen sowie zwei Ad-hoc-Gruppen im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement tätig. Gegenwärtig befassen sie sich mit den rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements, mit der Fortentwicklung lokaler Bürgergesellschaft, mit der Zukunft der Freiwilligendienste, mit der Rolle des bürgerschaftlichen Engagements bei der Fortentwicklung des Sozialstaats, mit dem Engagement von Migrantinnen und Migranten, mit Fragen der Bildung und Qualifizierung durch und für das bürgerschaftliche Engagement.

Die Arbeitsgruppen sind zugangsoffen, um neuen Interessentinnen und Interessenten einen Einstieg in das Netzwerk zu ermöglichen. Die Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsgruppen treffen sich regelmäßig, um die Arbeit an gemeinsamen Zielen auszurichten und ihre Arbeit untereinander zu koordinieren.

Dass die Arbeit der Arbeitsgruppen durchaus Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger hat, zeigt sich beispielsweise an der neuen gesetzlichen Regelung zur Förderung der Organisations- und Fortbildungskosten von Engagierten in der Pflege. Diese Regelung wurde von der Arbeitsgruppe »Rolle des bürgerschaftlichen Engagements bei der Reform des Sozialstaats« mit vorbereitet. Auch darüber hinaus beobachtet die Arbeitsgruppe die Umsetzung der neuen Pflegegesetzgebung und hat sich im Rahmen des Fachworkshops »Pflege-Weiterentwicklungsgesetz und bürgerschaftliches Engagement – Stand und Perspektiven« vor allem Ideen für die Verankerung des bürgerschaftlichen Engagements als Qualitätsmerkmal der Pflegestützpunkte entwickelt. →

Im Jahr 2009 hat das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement ein »Nationales Forum für Engagement und Partizipation« einrichtet, um die Bundesregierung bei ihrer engagementpolitischen Strategiebildung zu beraten. (2) Die Dialogforen des Nationalen Forums sind mit Organisationsvertretern aus Bürgergesellschaft, aus Bund, Ländern und Kommunen und aus der Wirtschaft besetzt.

Bürgerschaftliches Engagement und Wohlfahrt

Die Lücken bei professionellen Angeboten, materiellen Leistungen und bürgerschaftlichen Potenzialen lassen die individuelle Nothilfe Betroffener wachsen – in Form der Inanspruchnahme von grauen und schwarzen Arbeitsmärkten bei Hilfe und Pflege mit allen bekannten Merkmalen der mangelnden Transparenz, Qualität und Versorgungssicherheit. (3)

Bürgerschaftliches Engagement kann dem als zentrale Ressource für die Qualität von Sozialpolitik entgegenwirken, indem es seine eigene Produktivität in die Verbesserung vieler Felder sozialpolitischer Gestaltung und Leistungserbringung einbringt. Als Voraussetzung dafür muss freilich die Gestaltung des Sozialen verstärkt als eine kooperative Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern, gesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaftsunternehmen und Staat begriffen und praktiziert werden. Dies wird seit einiger Zeit unter dem Schlagwort des »Wohlfahrtsmix« diskutiert. (4)

Übergreifende Entwicklungstrends haben zu einer differenzierten Entwicklung des Dritten Sektors beigetragen: Während in einem Teilbereich dieses Sektors kleine Vereine, Initiativen und Projekte vorzufinden sind, die wenig oder gar keine staatliche Förderung erhalten und daher überwiegend von dem bürgerschaftlichen Engagement der Beteiligten abhängig sind, richten sich die großen Organisationen des Dritten Sektors zunehmend sowohl an den Kriterien des Qualitäts- und Preiswettbewerbs orientierten Standards öffentlicher Förderung als auch an den Kriterien und Handlungslogiken eines expandierenden Sozialmarktes aus. Dies birgt das Risiko einer nachhaltigen Schwächung des bürgerschaftlichen Engagements in deren Organisationsstruktur und Organisationskultur unter dem Druck einer verstärkten Markt- und Wettbewerbsorientierung.

Die Wohlfahrtsverbände sind daher gezwungen, ihr Handeln konsequent an Kriterien des Qualitäts- und Preiswettbewerbs zu orientieren. Gleichzeitig bietet Engagement der freien Wohlfahrtspflege die Chance, wirtschaftlich relevante und gesellschaftspolitisch bedeutsame Ressourcen zu erschließen und damit auch die eigene Bedeutung und Leistungsfähigkeit im deutschen Sozialstaat zu stärken und fortzuentwickeln. (5) So entsteht ein Spannungsfeld zwischen Marktzwängen und der Kultur eines sozialpolitisch und bürgerschaftlich engagierten Verbandes.

Die gemeinnützigen Akteure stehen vor diesem Hintergrund vor der Aufgabe, das bürgerschaftliche Engagement als Teil ihrer eigenen zivilgesellschaftlichen Orientierung nachhaltig zu stärken. Vor dem Hintergrund eines weiter

steigenden Vermarktlichungsdrucks sollten sie jedoch auch die Diskussionen der Privatwirtschaft stärker verfolgen, in denen eine zivilgesellschaftliche Orientierung an Bedeutung gewinnt. Stichworte sind hier »Corporate Citizenship« und »Corporate Social Responsibility«.

Aufgaben für die Freie Wohlfahrtspflege

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und ihre Einrichtungen haben mit Bemühungen einer engagementfördernden Organisationsentwicklung auf die dargestellte Situation reagiert. Beispielhaft sei auf die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt hingewiesen, die eine Entflechtung der Verantwortung für die operativen Geschäfte im Unternehmensbereich und für die bürgerschaftlichen Aufgaben im Mitgliederverband in den Mittelpunkt der Verbandsentwicklung gestellt hat. (6) Hier scheint es eine besondere Schwierigkeit darzustellen, dass es beispielsweise für ehrenamtliche Vorstände eine beachtliche Zumutung ist, sich von der Zuständigkeit für die sozialwirtschaftlichen Aktivitäten zu trennen, die sie oft selbst mit aufgebaut haben. Zugleich aber verbindet sich mit dieser Organisationsentwicklung die Hoffnung, das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt in der Organisation durch Zuweisung genuiner Kompetenzen und Funktionen wieder zu stärken.

Eine engagementfördernde Organisationsentwicklung der Freien Wohlfahrtspflege und ihrer zahlreichen Einrichtungen stellt unter aktuellen Bedingungen eine nach wie vor nicht abgeholte Herausforderung dar. Die zahlreichen bereits unternommenen Maßnahmen sollten in einen stärkeren gemeinsamen Erfahrungsaustausch gebracht werden, weitere Maßnahmen sollten vor diesem Hintergrund entwickelt werden. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement bietet sich als eine Plattform an, in der Wohlfahrtsverbände mit Akteuren aus anderen großen Bereichen der Engagementförderung (Sport, Umwelt, Kultur u.a.) einen solchen Erfahrungsaustausch pflegen und Konzepte entwickeln können. ♦

Anmerkungen

- (1) Internet <http://www.b-b-e.de>
- (2) <http://www.b-b-e.de/index.php?id=forum>
- (3) Vgl. Evers, Adalbert (2002): Auf dem Weg zu einem neuen Wohlfahrtsmix? Pflege im Alter und der mögliche Beitrag der Bürgergesellschaft. In: Huth, Susanne: Grundsatzthemen der Freiwilligenarbeit. Theorie und Praxis des sozialen Engagements und seine Bedeutung für ältere Menschen S. 85-100.
- (4) Vgl. Evers, Adalbert/Olk, Thomas (1996): Wohlfahrtspluralismus, Opladen.
- (5) Backaus-Maul, Holger/Speck, Karsten (2006): Engagement als Ressource. In: Blätter für Wohlfahrtspflege, Heft 6, S. 1-11.
- (6) Vgl. Pott, Ludwig. BBE Newsletter 25/2008.